

# Die Niedersachsen werden weniger

2030 noch 7,64 Millionen Einwohner

**Hannover.** Niedersachsen schrumpft nach einer neuen Prognose weniger stark als noch vor einigen Jahren befürchtet. Dennoch verlieren einige Gemeinden in den kommenden 15 Jahren bis zu 20 Prozent ihrer Einwohner, wie die Bertelsmann Stiftung in einer am Mittwoch veröffentlichten Studie vorhersagt. Bis 2030 soll Niedersachsen demnach um 140.000 auf 7,64 Millionen Einwohner schrumpfen. Frühere Prognosen gingen von einem Rückgang der Bevölkerung bis 2030 auf unter 7,4 Millionen Einwohner aus. Bei den aktuellen Berechnungen ist berücksichtigt, dass Deutschland insgesamt von einer verstärkten Zuwanderung profitiert, wie sie zuvor noch nicht absehbar war.

Für Niedersachsen gilt wie auch bundesweit der Trend, dass städtische Regionen weiterhin wachsen, während die Einwohnerzahlen im ländlichen Raum zumeist rückläufig sind. „Es wird immer schwieriger, eine gute Infrastruktur in den schrumpfenden und alternden Regionen zu gewährleisten“, erklärte Brigitte Mohn, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Die zentrale Herausforderung sei, auch in einwohnerschwachen Regionen flexible Mobilitätsangebote, schnelles Internet und eine angemessene Gesundheitsversorgung in erreichbarer Nähe anzubieten.

Das stärkste Bevölkerungswachstum gibt es nach der Bertelsmann-Prognose in Oldenburg (+5,3 Prozent), dem Kreis Ammerland (+5,1 Prozent), Braunschweig (+4,9 Prozent), Kreis Vechta (+4,7 Prozent), Wolfsburg und Kreis Harburg (+4,5 Prozent) sowie dem Kreis Lüneburg (+4,0 Prozent). Besonders starke Rückgänge bis 2030 gibt es im Kreis Osterode (-15,6 Prozent), Kreis Holzminden (-13,5 Prozent), Kreis Northeim (-13,1 Prozent), Kreis Goslar (-11,9 Prozent), Salzgitter (-10,6 Prozent) sowie Kreis Helmstedt (-10 Prozent).

2030 wird die Hälfte der Niedersachsen älter als 49,2 Jahre alt sein. Die Zahl der Hochbetagten über 80 Jahre steigt um fast 50 Prozent auf knapp 629.000. Verglichen mit anderen Bundesländern liegt Niedersachsens Bevölkerungsentwicklung im Mittelfeld.

## NACHRICHTEN IN KÜRZE

### MUTTER MIT MESSER GETÖTET

#### Sohn bleibt in Psychiatrie

**Göttingen (pid).** Ein 28-jähriger Mann aus Göttingen, der seine Mutter mit einem Fleischmesser getötet und anschließend enthauptet hatte, muss dauerhaft in der Psychiatrie bleiben. Das hat am Mittwoch das Landgericht Göttingen angeordnet. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der psychisch Kranke im November vergangenen Jahres mit einem 37 Zentimeter langen Messer auf seine 48-jährige Mutter eingestochen hatte. Einer der insgesamt sechs Stiche sei tödlich gewesen, sagte der Vorsitzende Richter Ralf Günther. Anschließend habe er ihr während der Sterbephase den Kopf vom Rumpf abgetrennt.

### GEDENKTAFEL IM LANDTAG

#### Erinnerung an Zwangsarbeiter

**Hannover.** 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs erinnert im provisorischen Landtag in Hannover eine Gedenktafel an das Schicksal von Zwangsarbeitern. Nach dem aktuellen Forschungsstand mussten in der Zeit des Nationalsozialismus mindestens 83 Menschen aus zehn Nationen in dem seit Herbst als Landtag genutzten Gebäude Arbeiten verrichten. In dem 1913 errichteten Haus in der Altstadt war in der NS-Zeit eine Eisenwarenhandlung der Friedrich Krupp AG. Dass in dem Gebäude Zwangsarbeit verrichtet wurde, war erst vor Kurzem bekannt geworden.

### ASYLBEWERBER

#### Ausgaben um 56 Prozent stiegen

**Hannover.** Die Ausgaben für Asylbewerber sind in Niedersachsen 2014 im Vergleich zum Vorjahr um rund 56 Prozent auf 228 Millionen Euro gestiegen. Das teilte das Landesamt für Statistik am Mittwoch mit. Anspruch auf Unterkunft, Ernährung, Kleidung und Leistungen für den Lebensunterhalt hatten im vergangenen Jahr 36.591 Menschen, 58 Prozent mehr als 2013. Mit 46 Prozent kamen die meisten Asylbewerber aus Europa. Ein Drittel waren Kinder und Jugendliche. Im laufenden Jahr erwartet Niedersachsen einen weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen.

**WESER KURIER**

Eine Auswertung dieser Messfeier ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.

# Ein O statt des Ypsilons

Grünen-Vorstoß zieht den Ausbau vorhandener Bahnstrecken Neubauten vor

VON PETER MLODOCH

**Hannover.** Sieben kleinere Einzelmaßnahmen statt milliardenschwerer Mega-Projekte: Grüne Parlamentarier aus Niedersachsen fordern einen abgestuften Ausbau bestehender Bahnstrecken anstelle der umstrittenen Y-Trasse und ihrer bisherigen Varianten. „Die Transportprobleme auf der Schiene im Seehafen-Hinterlandverkehr sind nicht mit einer einzigen Neubaustrecke zu lösen“, sagte der grüne Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler im Gespräch mit unserer Zeitung. „Die Zeit drängt, und wir brauchen jetzt schnelle und realistische Lösungen.“ Dabei gelte der Grundsatz: Ausbau vor Neubau.

„Das alte Y kommt nicht in die Tüte“, betonte die Landtagsabgeordnete Elke Twesten aus Scheeßel. „Das wird die Region nie mitmachen.“ Mit dem Konzept wolle man allerdings nicht in Konkurrenz zum laufenden Dialogforum, das Bahn AG und das Land Niedersachsen initiiert hatten, treten, sondern sich dort konstruktiv einbringen, versicherten Kindler und Twesten.

Anders als alle bislang diskutierten Vorschläge bringt das Grüne-Papier die Eröffnung der nicht bundeseigenen EVB-Strecke Bremerhaven-Bremervörde-Rotenburg als unverzichtbaren Bestandteil für die Bewältigung der künftigen Güterverkehre ins Spiel. Der Abschnitt, der teilweise bereits mit Mitteln Niedersachsens und der EU ausgebaut wird, sei als östliche Umfahrung des Engpasses Bremens unabhängig. Neue Entlastung für Niedersachsen verspricht sich der grüne Koordinationskreis Y-Trasse auch von einer stärkeren Einbeziehung der Strecke Hamburg-Berlin für den Containertransport nach Osten.

Die Gruppe, der neben Kindler und Twesten die Bundestagsabgeordnete Julia Verlinden, ihre Landtagskollegen Miriam Staudt und Heiner Scholing sowie Kommunalpolitiker und Vertreter von Bürgerinitiativen angehören, schlägt zudem den dreigleisigen Ausbau der ICE-Strecke Lüneburg-Uelzen vor. Dies sei eine „konsequente Fortführung der im Jahr 2014 fertiggestellten Dreigleisigkeit Stelle-Lüneburg. Zwischen Rotenburg und Verden brauche man endlich ein zweites Gleis – nicht nur für die Güterzüge, sondern auch für notwendige Umleitungen von Reisezügen zwischen Hamburg und Hannover.“

Ebenfalls zweigleisig müsse die „Amerika-Linie“ ab Uelzen Richtung Stendal ausgebaut werden. Zwischen Uelzen und Landwedel brauche neben zwei Gleisen dringend eine Elektrifizierung, um Hafenerkehre aus Wilhelmshaven und Bremen frühzeitig in Richtung Ost-Korridor, also ohne Belastung des Flaschenhalses Hannover, ableiten zu können. Schließlich sieht das grüne Stufenkonzept neue Überholgleise auf der Bahnstrecke Bremen-Hannover zwischen Nienburg und Wunstorf vor.

„All diese Maßnahmen sind schneller zu realisieren als Neubaustrecken“, können also zügig für Entlastung sorgen“, meinte Kindler. Außerdem seien die Umweltauswirkungen deutlich geringer. Strikter Lärmschutz sei selbstverständlich. Ein Teil dieser grünen Punkte ähnelt der „Alpha-Variante“ der Celler Bundestagsabgeordnete



ten Kirsten Lühmann (SPD), die ebenfalls für einen Ausbau bestehender Abschnitte plädiert. Im Dialogforum für Anwohner, Kommunen und Bürgerinitiativen stehen dagegen neben der für den Güterverkehr abgespeckten alten Y-Trasse vornehmlich der komplette Ausbau der ICE-Strecken Hannover-Bremen und Hannover-Hamburg sowie die Wiederbelegung der Heidebahn als Güterstrecke zwischen Buchholz und Soltau und schließlich der Neubau einer Spange zwischen Maschen und Unterlüß –

quasi parallel neben der bestehenden ICE-Strecke – zur Debatte. Wegen des höheren Verkehrsaufkommens und des befürchteten Lärms regt sich vor Ort freilich überall Widerstand. Die Organisatoren des Gremiums, dessen 5. Sitzung in der nächsten Woche stattfindet, haben kürzlich die Einmischung örtlicher Bundestagsabgeordneter – neben Lühmann auch ihres Celler CDU-Kollegen Henning Otte – kritisiert. Die Grünen hoffen nun, dass ihnen dies mit ihren Vorschlägen nicht passiert. **Kommentar Seite 2**

# Land plant Klimazentrum

Wenzel will Folgen des Wandels für die Umwelt erforschen lassen

**Hildesheim.** Die Auswirkungen des Klimawandels in Niedersachsen sollen nach dem Willen der Landesregierung verstärkt wissenschaftlich untersucht werden. „Wir brauchen für das Land eine umfassende Klima-Risikoanalyse, bei deren Erarbeitung auch externe Fachleute eingebunden werden“, sagte Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) bei einer Tagung des Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz in Hildesheim. Sowohl Hochwasser mit Überschwemmungen als auch Trockenperioden mit starken Hitzebelastungen strapazierten Mensch und Tier.

Wenzel kündigte die Gründung eines Klimakompetenzzentrums an. Dort hätten Landwirte, Naturschützer, Kommunen,

Unternehmen und Bürger einen zentralen Ansprechpartner.

In Zukunft rechnen Experten mit wärmeren Wintern mit mehr Regen, trockeneren Frühjahren und Sommern mit starken Regenfällen. Wenzel sagte: „Die Auswirkungen auf die Bodenbeschaffenheit, die Wasserstände und die Wasserqualität mit all ihren Folgen für Ernten, wirtschaftliche Erträge und die Gesundheit der Menschen sind bislang nur schwer abschätzbar.“ Daher müssten flexible Gegenstrategien entwickelt werden.

Bei der Tagung in Hildesheim werden Ergebnisse der Klimafolgenabschätzung für Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen vorgestellt.

# Posten, chatten, downloaden

Expertin: Jugendliche unterschätzen Gefahren mobiler Medien

**Hannover.** Jugendliche unterschätzen aus Expertensicht die Gefahren mobiler Medien und gehen leichtfertig mit persönlichen Daten um, wie eine Fachtagung der Landesstelle Jugendschutz am Mittwoch in Hannover ergab. Junge Leute seien sich nicht bewusst darüber, in welchem Umfang die Anbieter von sozialen Netzwerken Daten sammeln und so Einfluss auf ihr Leben nähmen, sagte Medienexpertin Nadia Kutscher. Zwar gebe es ein Gefühl von Aufgeklärtheit, ein consequenter Umgang mit persönlichen Daten finde aber nicht statt. Mädchen seien dabei noch etwas vorsichtiger als Jungen. Die soziale Zugehörigkeit werde zum Preis des Kontrollverlustes über die eigenen Daten erkauf.

Die Expertin der Universität Vechta sagte, soziale Ungleichheiten spiegeln sich auch in der Mediennutzung wieder. Sozial Schwache stellten viele Daten und Fotos ins Netz. Die Möglichkeit einer demokratischen Teilhabe, etwa bei Bürgerkampagnen im Netz, nutzten aber eher Menschen mit höherer Bildung. Auch trüge der Eindruck, dass alle jungen Leute Vollprofil mit Smartphone, Tablet & Co. seien. Die Kompetenzen seien ungleich verteilt. 97 Prozent der Zwölf- bis 19-Jährigen verfügten laut Landesstelle Jugendschutz über ein internetfähiges Handy. 192 Minuten täglich sind Jugendliche im Durchschnitt online, um Nachrichten zu posten oder Filme und Fotos anzuschauen oder hochzuladen.

# Fraktionen: Für Verdi-Entwurf zum Kita-Gesetz fehlt das Geld

**Hannover.** Woher soll das Geld für mehr Erzieherinnen in Niedersachsen kommen? Diese Frage stand am Mittwoch bei der Anhörung des Entwurfs der Gewerkschaft Verdi zum Kita-Gesetz im Mittelpunkt. Rund 250 Millionen Euro würde Niedersachsen zusätzlich benötigen, um die Verdi-Vorschläge umzusetzen. Die Landtagsfraktionen sehen für die Finanzierung große Probleme. Auch die Fortbildung für Erzieher wurde diskutiert.

Verdi fordert in dem Entwurf unter anderem einen besseren Betreuungsschlüssel. Ein Erzieher soll sich künftig um acht Kinder kümmern. Bisher ist ein Erzieher für 12,5 Kinder zuständig. Finanziert werden sollen die Stellen laut Verdi mit Mitteln aus Erhöhungen der Erbschafts- und Vermögenssteuer. Zudem plädiert die Gewerkschaft dafür, das Betreuungsgeld abzuschaffen und die freierwerbenden Mittel den Kindertagesstätten zuzuweisen. „Aus eigener Tasche werden wir das nicht finanzieren können“, sagte Julia Hamburg von den

Grünen. Der dreistellige Millionenbetrag könne nur mit finanzieller Hilfe des Bundes gestemmt werden – und das auch nur schrittweise. Die Umsetzung einer Reform in Stufen funktioniere bereits bei den Krippen gut, wo seit Januar diesen Jahres halbtags ein Erzieher mehr zur Betreuung arbeitet. Bis 2020 soll die Stelle dann ganztags besetzt sein.

Auch die sozialdemokratische Fraktion fand direkte Worte für den Verdi-Vorschlag: „Das Geld haben wir nicht“, sagte Uwe Santjer von der SPD. Zweifel an der Finanzierbarkeit hat auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB): „Wir unterstützen den Vorschlag“, sagte Lea Arnold vom niedersächsischen DGB. „Die Finanzierungsfrage ist jedoch noch offen.“

Gegen eine finanzielle Unterstützung aus Töpfen des Bundes sprach sich Jörg Hillmer von der CDU aus: „Die Landesregierung schwimmt im Geld.“ Wenn die Regierung wolle, könne die Finanzierung aus Landesmitteln gelingen. Wenn die Geset-

zesnovelle zum Kindergartenjahr 2016/17 umgesetzt werden solle, sei nun schnelles Handeln gefragt. Auch die Opposition sehe ein Stufenmodell als beste Lösung an. Die Verbesserung des Betreuungsschlüssels hätte Vorrang.



Verdi hat einen Entwurf zum Kita-Gesetz vorgelegt. Danach soll sich künftig ein Erzieher um acht Kinder kümmern. Bisher ist ein Erzieher für 12,5 Kinder zuständig. FOTO: DPA

# Klare Kante gegen Gaffer mit Kamera

Innenminister fordert Straftatbestand

**Hannover-Bremervörde.** Als Konsequenz aus der Rangelerei beim Eisdielen-Unfall in Bremervörde will Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius Schaulustigen das Fotografieren und Filmen von Unfallopfern verbieten. „Wir brauchen dringend einen entsprechenden Straftatbestand“, sagte der SPD-Politiker am Donnerstag in Hannover. Nach der Sommerpause will Pistorius in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium einen Gesetzentwurf vorlegen, der in den Bundesrat eingebracht werden soll.

Pistorius sagte, er finde es zutiefst abstoßend, wenn Gaffer mit ihren Handys Verletzte aufnehmen, um sich damit im Internet zu profilieren. Außer der Presse habe niemand das Recht, Aufnahmen von Unfällen und Opfern zu machen. Das von ihm geforderte Foto- und Filmverbot beziehe sich ausdrücklich auch auf alle am Einsatz beteiligten Polizisten und andere Einsatzkräfte.

Am Rande des Unfalls in Bremervörde am frühen Sonntagabend hatte es eine Auseinandersetzung zwischen zwei Schaulustigen und Polizisten gegeben. Ein 25-Jähriger wollte mit seinem Handy den Unfallort filmen, störte damit aber den Einsatz. Dem Mann wurde das Filmen untersagt. Daraufhin kam es zu einem handfesten Gerangel, zwei Polizisten erlitten leichte Verletzungen. Es laufen Ermittlungen gegen die zwei Brüder wegen Widerstands gegen Polizisten, wegen Körperverletzung und wegen Sachbeschädigung, weil die Brille eines der Beamten beschädigt wurde.

Ein zwei Jahre alter Junge und ein 65-Jähriger starben bei dem Unglück. Der Wagen, den eine 59-Jährige in das Eiscafé gesteuert hatte, war zuvor offenbar in einem technisch intakten Zustand. „Es sieht so aus, dass keine Mängel vorlagen“, sagte Polizeisprecher Heiner van der Werp am Mittwoch. Das gelte auch für die Bremsen des Autos. Eine von mehreren Möglichkeiten sei, dass die 59-Jährige Gas- und Bremspedal verwechselt habe. Für Donnerstag ist zum Gedenken an die Opfer eine Andacht in der St.-Liborius-Kirche in Bremervörde geplant.

Pistorius sagte, bei Unglücken werde immer häufiger „die rote Linie“ überschritten. Ihn mache das respektlose Verhalten der Gaffer wütend: „Ich bin richtig auf Zinne.“ Da sich die Opfer in der Regel nicht selbst gegen die Aufnahmen wehren könnten, sei es die Schutzaufgabe des Staates, für ihre Rechte einzutreten.

Die Bilder und Videos seien ein „schwerer Verstoß gegen die Würde der Menschen“, betonte Pistorius. Außer Journalisten könne niemand die Aufnahmen mit einem Informationsrecht für die Öffentlichkeit rechtfertigen. Dies gelte ausdrücklich auch für sogenannte Leserreporter, die ihre Bilder gegen eine Abdruckprämie an Boulevardzeitungen weitergeben würden.

Für den Vorstoß erhielt Pistorius Lob von der oppositionellen CDU. „Wir brauchen Regelungen, die Schaulustige abschrecken – gleichzeitig müssen wir aber dafür sorgen, dass die Berichterstattung und Dokumentation bestimmter Ereignisse im Sinne des öffentlichen Interesses nicht grundsätzlich verhindert wird“, sagte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Angelika Jahns.